

Hans-Jürgen Urban

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den Initiativantrag unterstützen und möchte gleichzeitig die Brücke zu ein paar Themen und ein paar Begriffen schlagen, die in den letzten zwei Tagen schon durch die Gegend gegeistert sind, Begriffe wie solidarisches Grundeinkommen, bedingungsloses Grundeinkommen usw. Es geht also um Arbeitsmarktpolitik und um die Fragen eines sozialen Arbeitsmarktes.

Ich will es in drei Anmerkungen tun, weil ich glaube, dass hier ein paar Fakten und vor allen Dingen eine gewerkschaftspolitische Positionierung überfällig sind.

Erstens – ich glaube, das muss man einfach noch einmal sagen – freue ich mich sehr über diese neue Debatte über Hartz IV und vor allen Dingen über die Kritik an Hartz IV. (Beifall) Hartz IV war einer der größten Fehlentscheidungen in der deutschen Sozialpolitik. (Lebhafter Beifall) Die Regelsätze sind viel zu niedrig, die Anrechnungsregeln greifen viel zu schnell und viel zu gierig auf die Ersparnisse der Kolleginnen und Kollegen zurück. (Beifall) Und vor allen Dingen, Kolleginnen und Kollegen – und das müssen wir in der Debatte halten –, die Zumutbarkeitsregeln zwingen Langzeitarbeitslose zu Annahme jeglicher Arbeit, es sei denn, sie ist sittenwidrig. Das geht nicht, das ist ein Treiber für prekäre Arbeit, für den Niedriglohnsektor. Das soll die Belegschaften bis in die Mitte hinein disziplinieren. Etwas, was eine Zumutung für die Arbeitslosen ist, was unsere Kollegen in den Betrieben disziplinieren will, das brauchen wir nicht, das hilft uns nicht bei der Transformation der Arbeit. Hartz IV muss überwunden werden so schnell, wie es irgendwie geht. (Starker Beifall)

Ich will aber auch ganz deutlich dazu sagen – und bin für diese Debatte –, warum ich der Auffassung bin, dass das bedingungslose Grundeinkommen nicht die richtige Antwort ist. Das bedingungslose Grundeinkommen – das vielleicht noch einmal für diejenigen, die nicht so in der Debatte drin sind – sieht vor, dass jede Bürgerin und jeder Bürger aufgrund ihres Bürgerstatus ein Grundeinkommen von 1.000 oder 1.500 Euro erhalten sollen; der Staat soll es garantieren und es wird allen gewährt, also dem Arbeitslosen, dem Beschäftigten, der Quandt-Familie, alle, die in der Gesellschaft Bürgerstatus haben. Das beläuft sich – es gibt seriöse Schätzungen – auf etwa 1.000 Milliarden, etwa 1 Billion Euro.

Zunächst sollte einen misstrauisch machen, dass gegenwärtig die größte Initiative in diese Richtung von den Wirtschaftsbossen ausgeht. (Beifall) Wenn Joe Kaeser von Siemens oder Tim Höttges von der Telekom oder Götz Werner von der Drogeriekette „dm“ das fordern, dann wollen die nicht mehr Sicherheit für unsere Kolleginnen und Kollegen. Die einen von denen wollen den Sozialstaat schleifen, weil das Grundeinkommen nicht zusätzlich, sondern anstelle der anderen Leistungen gezahlt werden soll. Wieder andere suchen einen neuen Weg, den Mindestlohn umgehen zu können; denn wenn du mit 1.000 Euro in den Betrieb kommst, gibt es ganz neue Wege, die möglich sind. Und noch wieder andere versuchen bei dieser ganzen Angelegenheit, anständig Freiräume für Rationalisierung, Digitalisierung zu finden: Die Leute können sie herausschmeißen, die Arbeitslosen sind ja versorgt.

Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, bei allem Dissens, den wir vielleicht haben, ist hier Einigkeit: Das geht mit uns nicht! Wer unter dieser Flagge segelt, wird einfach auf unseren Widerstand stoßen müssen. (Starker Beifall)

Ich will auch dazu sagen – man muss natürlich fair bleiben –: Viele unserer Kolleginnen und Kollegen, die damit liebäugeln, haben etwas ganz anderes im Blick. Das muss man verstehen, das ist positiv. Sie erhoffen sich von dem Grundeinkommen mehr soziale Sicherheit, weniger Drangsalierungen bei Hartz IV. Aber ein Kollege hat mal gesagt: Das ist die sympathische, aber wohl zum Scheitern verurteilte Hoffnung, eine Abkürzung ins Reich der Freiheit unter kapitalistischen Bedingungen zu nehmen. Das kann schnell in der Sackgasse enden. Kolleginnen und Kollegen, eine solche Regelung spaltet die Gesellschaft tief in diejenigen, die die Wertschöpfung herstellen, aus denen das Grundeinkommen finanziert werden muss, und denjenigen, die sich freiwillig nicht daran beteiligen.

Ein anderer Punkt ist mir noch wichtiger: Das Setzen auf das bedingungslose Grundeinkommen würde ein Abschied von unserer hundert Jahre alten Forderung nach einem Recht auf Arbeit bedeuten; denn beides zusammen beißt sich. Und das, Kolleginnen und Kollegen, will ich nicht. Die Arbeiterbewegung ist entstanden – und sie sollte dabei bleiben – mit ihrer Forderung nach einem Recht auf Arbeit und – das fügen wir heute hinzu – mit ihrer Forderung auf ein Recht auf gute Arbeit. Ob man will oder nicht, wenn wir dieses Recht auf gute Arbeit als Forderung aufgeben, dann endet das Grundeinkommen in einer Schweigeprämie für diejenigen, die ausgegrenzt sind, raus aus dem Arbeitsleben, raus aus den Betrieben, und um die man sich nicht mehr kümmern will. Ich glaube, das kann keiner von uns wollen. (Beifall)

Was also tun? – In aller Kürze: Ja, ich halte die Idee eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors für sinnvoll. (Vereinzelter Beifall) Die Arbeit in diesem Sektor muss gemeinnützig sein, sie sollte dauerhaft sein, sie sollte verlässlich sein, sie muss geschützt sein. Das ist vollkommen klar. Auch da müssen Regeln von Fairness usw. gelten. Deswegen sage ich: Bei all denen, die dafür sprechen, finden Sie meine Unterstützung, aber denjenigen, in denen schon wieder die Phantasien losgehen und die sich einen neuen 1-Euro-Sektor bei dieser ganzen Sache wünschen, müssen wir rhetorisch ganz schön auf die Finger klopfen. Der soziale Beschäftigungssektor muss sozial und solidarisch sein, dann kann man mit uns darüber reden. Unter dem Mindestlohn geht gar nichts. Besser Tarifniveau, das ist etwas, darüber kann man reden, über alles andere nicht. (Beifall)

Zweiter Punkt: Wir brauchen anständige Leistungen für die Kolleginnen und Kollegen, die arbeitslos sind, und ein Recht auf Vermittlung in gute Arbeit.

Und der dritte Punkt, der ist ganz wichtig. Ich möchte anschließen an das, was Jörg und Michael gesagt haben: Wir brauchen eine innovative, präventive Arbeitsmarktpolitik, die uns hilft, diese Jahrhundertaufgabe der Transformation der Arbeit solidarisch zu bewältigen. Wir brauchen Instrumente, die uns helfen, die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben zu halten, vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Wir brauchen Instrumente, die uns helfen, ihnen die Chance zu geben, sich die Qualifikationen anzueignen, die sie brauchen. Wir haben als IG-Metall ein Transformationsgeld und andere Elemente vorgeschlagen. Das ist das, was wir brauchen. Deswegen komme ich zum Schluss und fasse zusammen:

Unsere Botschaft in Richtung große Koalition sollte sein: 1. Verabschiedet Euch von der gescheiterten Philosophie der Hartz-Reformen. 2. Sorgt für eine Arbeitsmarktpolitik, die den Menschen Perspektiven und soziale Sicherheit gibt. 3. Reformiert die Arbeitsmarktpolitik, schafft innovative Instrumente, die uns helfen, die Transformation der Arbeit solidarisch in den Griff zu kriegen. – Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)